

RESOLUTION

Eingebracht durch die Landesorganisation Tirol, NÖ, OÖ, Steiermark, Salzburg und LV Wien,
am 32. Bundeskongress, 15./16.10.2011

„Ich will nicht betteln, aber dürfen muss ich!“
BettelLobby-Wien

Bekämpfen wir die Armut und nicht die Armen

Es ist notwendig, dass das Thema Betteln unter dem Aspekt von Armut und sozialer Ausgrenzung sachlich diskutiert wird, ohne Vorverurteilung und Kriminalisierung. Die Ursachen von Armut müssen bekämpft werden, nicht die Armen!

Die zunehmenden Bestrebungen zur Verankerung genereller „Bettelverbote“, die von österreichischen Bundesländern aber auch Städten und Gemeinden in den letzten Jahren vermehrt beschlossen werden, verstoßen gegen Grund- und Menschenrechte. Die Verdrängung von in Armut lebenden Menschen aus dem Blickfeld und aus dem öffentlichen Raum führt zu einer weiteren Entsolidarisierung unserer Gesellschaft und fördert Vorurteile und rassistische Hetze gegenüber den Ärmsten. Davon sind zunehmend BettlerInnen, Prostituierte, Drogenkranke und obdachlose Menschen betroffen.

Mit dem Vorwand, angebliches „bandenmäßiges und kriminelles“ Bettelwesen verhindern zu wollen, wird weiters eine Bevölkerungsgruppe stigmatisiert und kriminalisiert, die ohnehin bereits am Rande unserer Gesellschaft steht. Wir sehen in diesem Vorhaben eine Missachtung der Menschenwürde jener, die vom Wohlstand und den Annehmlichkeiten unserer Gesellschaft ausgeschlossen sind.

Das Wohlstandsgefälle zwischen Mitgliedsländern der EU aber auch vorhandene Diskriminierung großer Bevölkerungsgruppen in Europa führen dazu, dass Menschen außerhalb ihres Heimatlandes ein Überleben suchen. Betteln verbieten heißt die Realität der EU vor die Haustüre zu sperren, wobei gleichzeitig österreichische Firmen hervorragende Geschäfte in neuen Märkten in Osteuropa machen. Die Panikmache wegen den sogenannten „Ostbanden“ und „Organisierten Bettelbanden“ schüren nur neue Ressentiments. Der zunehmende Rassismus gegen Roma und Sinti (Antiziganismus) in Europa hat in den letzten Jahren eine neue Qualität erreicht und auch die Bettelverbote müssen in dieser Tradition gesehen werden.

Daher fordern die Mitglieder der Grünen Alternativen Österreich:

- Wir fordern ein Ende der Kriminalisierung von bettelnden Menschen, die Aufhebung aller geltenden Bettelverbote sowie keine weiteren Beschlüsse zur Einführung von Bettelverboten. "Betteln" ist eben auch "eine Erscheinungsform des Zusammenlebens" (VGH Mannheim).

- Dadurch: Die Beseitigung der Verfassungswidrigkeiten, die sich aus der derzeitigen Gesetzeslage ergeben - Verstoß gegen die Freiheit der Erwerbstätigkeit (Artikel 6 StGG); Recht auf Privatleben (Art. 8 EMRK), Recht der freien Meinungsäußerung (Art. 10 EMRK)... sowie Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes.
- Wir sehen es als unsere Aufgabe durch Information und Aufklärung gemeinsam mit NGO Vereinen und BürgerInnen gegen die Meinungsmache - durch die Verwendung von völlig unhinterfragten Stereotypen und Pauschalierungen (organisierte Bettelbanden, Ostbanden, Zigeuner...) - aufzutreten. Politik und Medien sind hier gefordert, dieses menschenverachtende und unreflektierte Festhalten an Vorurteilen zu beenden. Diese bestätigen u.a. den zunehmenden Rassismus gegen Roma und Sinti (Antiziganismus) und spalten die Gesellschaft weiter.
- Direkte Hilfeleistung gehört weiterhin zu den selbstverständlichen sozialen Taten in einer freien Gesellschaft. Betteln ist für viele Menschen die einzige Möglichkeit zur Selbsthilfe. Und für die, die geben, ist es eine Möglichkeit zur Umverteilung – freiwillig, ohne Verwaltungsaufwand, ohne staatliche Einmischung.
- Bund, Länder und Gemeinden sind angehalten, die Armut zu bekämpfen und nicht Arme bzw. armutsgefährdete Menschen. Das Ziel muss sein, Menschen die Hilfe benötigen, eine existenzsichernde Grundversorgung zukommen zu lassen. Wir setzen uns weiter dafür ein, dass auch auf europäischer Ebene einheitliche Mindeststandards das Wohlstandsgefälle innerhalb der Mitgliedsländer überbrücken und gute Lösungen für Minderheiten, wie Roma und Sinti gefunden werden.